

## INHALT

- GKV im ersten Quartal mit Defizit
- Bund und Südländer suchen nach Kompromiss beim Gesundheitsfonds
- EU-Kommission will Patientenrechte ausbauen
- Verweildauer in Kliniken geht zurück

Mit Verlinkung zum AOK-Lexikon „Stichwort: Gesundheitswesen“

## ■ Bundeskabinett bringt Vorgaben für Kassen-Haftung auf den Weg

Die Insolvenz einer Krankenkasse soll auch in Zukunft der Ausnahmefall sein. Nach dem dazu vorgelegten Gesetzentwurf der Bundesregierung hätte die Schließung einer Kasse durch die zuständige Aufsichtsbehörde Vorrang vor dem Insolvenzrecht. Die Bundesländer werden aus ihrer Haftung entlassen. Im Schließungs- und Konkursfall haften stets die Kassen der gleichen Krankenkassenart. Sollten selbst diese dazu nicht in der Lage sein, müssten nach dem Willen der Regierung die anderen Kassenarten einspringen. Jürgen Graalman, Leiter des Stabsbereichs Politik im AOK-Bundesverband, begrüßte die Zielrichtung des Gesetzentwurfs und erwähnte ausdrücklich den Vorrang des sozialstaatlichen Schließungsrechts gegenüber dem Insolvenzrecht. Reagiert hat das Bundesgesundheitsministerium auf die Kritik der **Krankenkassen-Spitzenverbände** und des **Spitzenverbandes Bund** an der zunächst geplanten Möglichkeit, dass der Spitzenverband Bund bei finanziellen Schwierigkeiten einer Kasse von sich aus in den Wettbewerb eingreifen könne. Das ist nun nicht mehr der Fall.

[www.aok-bv.de/presse/presseservice/psgpolitik/index\\_14494.html](http://www.aok-bv.de/presse/presseservice/psgpolitik/index_14494.html)

## ■ Letzte Vorbereitungen für den Risikostrukturausgleich

Das **Bundesversicherungsamt** ist nach eigenen Angaben mit seinen Vorbereitungen für den **morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleich** (Morbi-RSA) im Zeitplan. Inzwischen hat die Behörde den Spitzenverbänden der Krankenkassen ihre Vorstellungen zu weiteren Grundlagen für die Berechnung der Zuweisungen übermittelt. Dabei geht es insbesondere um das Klassifikationssystem, das entscheidend ist für die Zuordnung der Versicherten zu Risikogruppen und somit für die Ermittlung der Zuweisungen, die Krankenkassen ab 2009 aus dem Gesundheitsfonds erhalten. Die Verbände haben bis zum 20. Juni 2008 Gelegenheit, sich zu den Vorstellungen des Amtes zu äußern. Für den 1. Juli ist die endgültige Festlegung geplant.

[www.bundesversicherungsamt.de](http://www.bundesversicherungsamt.de)

## PERSONEN



**Dirk Drees**, bis zum Frühjahr technischer Geschäftsführer der Betreiber-Gesellschaft für die elektronische Gesundheitskarte (gematik) wechselt zum 1. Dezember dieses Jahres zum E-Health-Unternehmen InterComponent-Ware und übernimmt dort die Geschäftsführung der Gesellschaft für Telematik im Gesundheitswesen.



**Eva Walzik** leitet jetzt die neu eingerichtete Repräsentanz der Deutschen Angestellten-Krankenkasse in Berlin. Zuvor stand sie an der Spitze der Außenstelle des Verbandes der Angestellten-Krankenkassen und der Geschäftsstelle des Sachverständigenrats für die Konzentrierte Aktion im Gesundheitswesen.



Gesundheitsförderung muss schon bei den Jüngsten ansetzen. Davon zeigte sich Bundesfamilienministerin **Dr. Ursula von der Leyen** bereits vor drei Monaten beim Besuch einer Kindertagesstätte in Berlin anlässlich einer AOK-Veranstaltung überzeugt. Nun hat die CDU-Politikerin die Schirmherrschaft für das AOK-Programm „TigerKids – Kindergarten aktiv“ übernommen, das die Stiftung Kindergesundheit in München entwickelt hat. Mit der Kampagne bringt die Gesundheitskasse Drei- bis Sechsjährigen in derzeit schon mehr als 2.000 Kitas spielerisch gesundes Essen und Trinken sowie viel Spaß und Freude an der Bewegung nahe. Die Förderung der Kinder von klein auf sei für sie unverzichtbar. Sie freue sich, so die Ressortchefin, dass sich der AOK-Bundesverband als eine der ganz großen Institutionen dieser wichtigen Aufgabe verschrieben habe.

 [www.tigerkids.de](http://www.tigerkids.de)

GKV-Finanzentwicklung 1. Quartal 2008*						
	GKV	AOK	BKK	IKK	EAR	EAN
<b>Ärztliche Behandlung</b>	3,9	3,4	6,8	2,8	0,1	4,3
<b>Behandlung durch Zahnärzte (ohne Zahnersatz)</b>	1,1	0,2	2,1	2,0	1,0	1,2
<b>Zahnersatz</b>	0,2	-0,2	3,4	-3,6	-6,3	0,8
<b>Arzneimittel</b>	5,2	5,2	9,7	0,3	5,5	5,4
– Summe Hilfsmittel	5,0	7,6	9,1	3,1	-8,8	1,8
– Summe Heilmittel	3,5	2,5	5,9	9,4	-17,0	4,5
<b>Krankenhausbehandlung</b>	2,8	4,8	3,6	-2,6	0,9	2,8
<b>Krankengeld</b>	7,1	5,3	9,0	9,7	5,4	6,2
<b>Fahrtkosten</b>	8,1	8,9	9,3	1,2	4,3	10,4
<b>Vorsorge- und Rehabilitationsmaßnahmen</b>	1,6	2,9	4,9	3,5	7,1	-1,7
<b>Soziale Dienste/ Prävention</b>	48,6	24,0	70,3	49,5	163,7	57,9
<b>Häusliche Krankenpflege</b>	13,1	11,3	11,4	3,0	-0,9	23,7
<b>Ausgaben für Leistungen insgesamt</b>	4,3	4,6	6,8	1,3	2,8	4,4
<b>Netto-Verwaltungskosten</b>	0,4	1,0	8,6	-5,2	-0,5	-3,0
<b>Beitragspflichtige Einnahmen (AKV-Mitglieder u. Rentner)</b>	2,2	1,8	1,1	8,0	0,1	1,6

\*Veränderungsrate je Mitglied einschließlich Rentner in Prozent (Quelle: GKV-Statistik BMG KV 45); EAN = Angestellten-Ersatzkassen, EAR = Arbeiter-Ersatzkassen

**Einen Fehlbetrag von 1,07 Milliarden Euro** verzeichneten die gesetzlichen Krankenkassen zwischen Januar und März dieses Jahres. Das geht aus der Statistik KV 45 des Bundesgesundheitsministeriums hervor. Die Leistungsausgaben je Mitglied erhöhten sich im gleichen Zeitraum um 4,3 Prozent. Während die Kassen für ärztliche Behandlung durchschnittlich 3,9 Prozent mehr aufwandten, wurde für Arzneimittel ein Plus von 5,2 Prozent und für häusliche Krankenpflege ein Zuwachs von 13,1 Prozent registriert. Für die stationäre Versorgung ihrer Mitglieder wurden im ersten Quartal dieses Jahres gaben die Kassen 2,8 Prozent mehr aus. Erstmals werden die Finanzdaten nicht mehr nach alten und neuen Bundesländern getrennt ausgewiesen.

 [www.bmg.bund.de](http://www.bmg.bund.de)

## ■ Regierung bewertet Ausschreibung von Hilfsmitteln positiv

Ausschreibungen der Krankenkassen für **Hilfsmittel** gefährden nach Ansicht des Bundeskabinetts nicht die Qualität der Versorgung. In ihrer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage der Links-Fraktion verteidigte die Regierung die im Paragraphen 127 Sozialgesetzbuch V normierte Pflicht der Kassen zur Ausschreibung entsprechender Lieferverträge. Mit Hilfe dieser Praxis erzielbare Einsparungen seien im Interesse der Solidargemeinschaft.

## ■ Gesundheitsfonds: Bund und Länder geben sich kompromissbereit

Die Bundesregierung hält am Start des **Gesundheitsfonds** Anfang 2009 fest. Der Fonds werde planmäßig zum 1. Januar kommen, erklärte Regierungssprecher Ulrich Wilhelm Ende vergangener Woche vor Journalisten in Berlin. Das Kabinett werde alles, was zugesagt wurde, auch einhalten. Der Staatssekretär reagierte damit auf ein neues Gutachten im Auftrag der bayerischen Staatsregierung. Dessen Autoren, ein Team um den Gesundheitsökonom Professor Günther Neubauer, plädierte für einen späteren Start des Fonds. Verlässliche Daten zur Errechnung der Be- und Entlastungswirkungen seien erst im August nächsten Jahres zu erwarten.

Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt zeigte sich indessen davon überzeugt, dass sich die Bedenken von Bayern gegenüber dem Fonds ausräumen lassen. Dem Vernehmen nach bereitet ihr Ressort ein Modell vor, bei dem der Freistaat im Jahr 2010 einen Ausgleich aus Steuermitteln erhalten würde, falls im nächsten Jahr mehr als 100 Millionen Euro aus Bayern infolge des Gesundheitsfonds in andere Regionen abfließen würden.

### KOMMENTAR

*Wer hätte das gedacht: Während in Deutschland nach wie vor über den Sinn eines Rauchverbots in öffentlichen Räumen einschließlich der Gastronomie kontrovers diskutiert wird, sprechen neue Forschungsergebnisse aus Italien eine unmissverständliche Sprache: Ein konsequent durchgesetztes Verbot des Tabakkonsums in Gaststätten, öffentlichen Verkehrsmitteln und am Arbeitsplatz reduziert bereits im ersten Jahr der Restriktionen die Zahl der Herzinfarkte bei 35- bis 64-Jährigen um elf Prozent. Das sollte auch den Befürwortern einer liberalen Verbotspraxis in der Bundesrepublik zu denken geben. Wenn am 1. Juli dieses Jahres mit Nordrhein-Westfalen nun endlich auch das größte Bundesland mit dem Nichtraucher-Schutz ernst macht, sollte der „Glaubenskrieg“ eigentlich zu Ende sein. (JB)*

 [www.aok-bv.de/lexikon/g/](http://www.aok-bv.de/lexikon/g/)

### Verzicht auf Kippe schont Herz

*Rauchverbote in öffentlichen Einrichtungen und weiten Teilen der Gastronomie haben Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit. Eine Studie der römischen Gesundheitsbehörde ASL weist nach, dass seit dem Rauchverbot in öffentlichen Räumen in Italien – es gilt seit über drei Jahren – die Zahl der akuten koronaren Herzbeschwerden deutlich zurückgegangen ist. In der Altersgruppe von 35 bis 64 Jahren ging die Zahl der akuten Probleme um mehr als elf Prozent zurück. In der Altersgruppe von 65 bis 74 Jahren sank sie um fast acht Prozent.*

## ■ EU-Kommission legt Vorschläge für mehr Patientenrechte vor

Voraussichtlich am 25. Juni 2008 wird die EU-Kommission ihren seit geraumer Zeit erwarteten Entwurf einer Richtlinie für Mindeststandards zu den Rechten der Patienten veröffentlichen. Das kündigte Andrezej Ry's, Direktor der Abteilung für Öffentliche Gesundheit der EU-Kommission in Brüssel, an. Der Textentwurf wird nach seinen Angaben Bestandteil eines mehrere Gesetzesvorschläge und Strategiepapiere umfassenden „Sozialpakets“ sein. Auf Basis dieses Vorstoßes startet nach Angaben aus Brüssel bereits kurzfristig ein Pilotprojekt zur grenzüberschreitenden Vernetzung elektronischer Gesundheitsdienste. Das Ziel des Vorhabens ist es, die **E-Health-Strukturen** der EU-Länder kompatibel zu machen. Damit sollen Informationen über Diagnosen und Medikation sowie Rezepte europaweit nutzbar werden.

 [www.europa.eu/scadplus/leg/de/cha/c11579.htm](http://www.europa.eu/scadplus/leg/de/cha/c11579.htm)



## Vorschau...

Ausgabe 6/2008

### Kliniken in Not?

Krankenhäuser schlagen Alarm und sprechen dabei von finanzieller Katastrophe und Stellenabbau.

Doch ist die Lage wirklich so dramatisch? Ökonomische Kennzahlen sprechen eine andere Sprache.

Eine Bestandsaufnahme von Simone Burmann, Jürgen Malzahn und Christian Wehner vom AOK-Bundesverband.

### Sozial und solidarisch

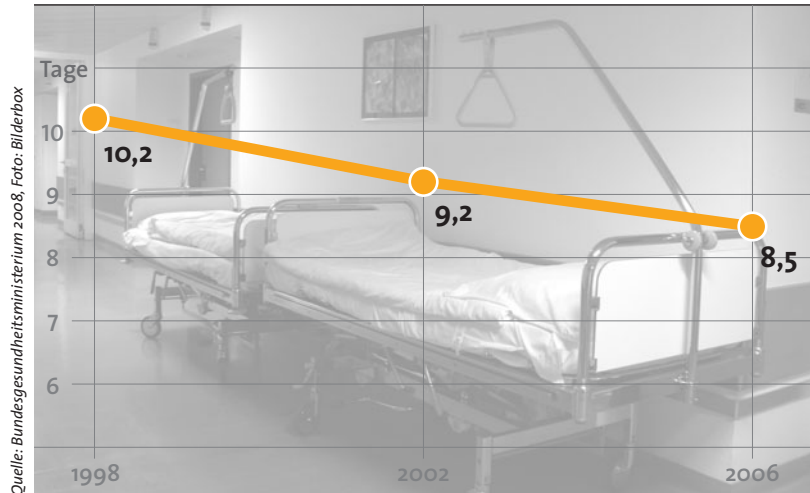
In Österreich zahlt jeder unabhängig von Beruf und Einkommen in eine soziale Krankenversicherung ein. Trotzdem leidet auch die Alpenrepublik unter Kostendruck im Gesundheitswesen. Um die Ausgaben für die medizinische Versorgung zu decken, steuert der Staat ein gutes Scherflein bei. Rene Herndl gibt einen Überblick.



Bundesweit sind fast acht Millionen Kunden der AOK 60 Jahre und älter. Eine neue Broschüre des AOK-Bundesverbandes informiert darüber, wie die Gesundheitskasse ihre Versicherten in dieser Lebensphase unterstützt. Einzelexemplare können per E-Mail kostenlos angefordert werden unter alexandra.wilde@bv.aok.de

## Immer kürzer im Krankenhaus

Im Schnitt dauerte ein Krankenhausaufenthalt...



Die durchschnittliche Verweildauer in deutschen Krankenhäusern geht zurück. Das geht aus neuen Zahlen des Statistischen Bundesamtes und des Bundesgesundheitsministeriums im Rahmen der Gesundheitsberichterstattung hervor. Verblieb vor zehn Jahren jeder Patient noch 10,2 Tage pro Aufenthalt im Krankenhaus, so reduzierte sich die Dauer über 9,2 Tage im Jahr 2002 auf 8,5 Tage im Jahr 2006. Dazu hat nach Ansicht von Experten vor allem das neue Vergütungssystem im Bereich der stationären Versorgung beigetragen. Das Festpreissystem der „Diagnosis Related Groups“ vergütet alle Behandlungsfälle nach pauschalierten Preisen.

## ■ AOK-Empfehlung: Erst gar nicht in eine Raucherkarriere einsteigen

Weil es ein steiniger Weg sei, von der Zigarette wieder loszukommen, ist es am besten, gar nicht erst mit dem Rauchen anzufangen. Diese Ansicht vertrat Dr. Hans Jürgen Ahrens, Vorstandsvorsitzender des AOK-Bundesverbandes, anlässlich des Welt-Nichtrauchertags 2008. Die Gesundheitskasse werde alles tun, um den Einstieg von Kindern und Jugendlichen ins Rauchen zu verhindern. Deshalb unterstütze die AOK schon seit vielen Jahren den Wettbewerb „Be Smart – Don't Start“. Der Erfolg dieser Initiative für Klassen der Stufen sechs bis acht aller Schulformen sei enorm. Immerhin hätten fast zwei Drittel der beteiligten Schulklassen in diesem Jahr durchgehalten und sechs Monate lang nicht geraucht. Gewinner des Wettbewerbs 2008 ist die Klasse 6a der Schule Sachsenweg in Hamburg. Sie erhielt den Hauptpreis: einen Gutschein für eine Klassenfahrt im Wert von 6.000 Euro.

[www.aok.de/ich-werde-nichtraucher](http://www.aok.de/ich-werde-nichtraucher)

### IMPRESSUM

G+G-Blickpunkt

Herausgeber: AOK-Bundesverband,  
Kortrijker Straße 1, 53177 Bonn

Verantwortlich: Dr. Hans Jürgen Ahrens

Redaktion: KomPart Verlagsgesellschaft mbH & CoKG

Verantw. Redakteur: Jürgen Becker, j.becker@kompart.de  
Telefon 0228-849000, Telefax 0228-84900-20